ILLUSTRATION: CORINA VÖGELE

KRISEN-STIMMUNG

Eine sich verschlechternde politische Stimmung infolge nationalistischer Töne und Unilateralismus führt zu Stillstand bei der Bewältigung wichtiger Zukunftsfragen – allen voran bei den Risiken des Klimawandels. *Von Martin Winkel*

Die Stimmung in der Geschäftswelt zur Qualität internationaler Kooperation habe einen neuen Tiefpunkt erreicht. So fassten Alison Martin, Chief Risk Officer der Zurich-Gruppe, und Richard Smith-Bingham, Director des Global Risk Center bei Marsh & McLennan, die Meinungen beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos-Klosters zusammen. Smith-Bingham präzisierte, dass der Trend weg von Globalisierung hin zu staatlicher Souveränität und Nationalismus zu einem Kontrollparadoxon geführt habe. Je stärker Stakeholder multilaterale Anstrengungen verfolgten, desto schmerzlicher werde bewusst, wie weit die Weltgemeinschaft noch von Lösungen entfernt sei. Sogar eine Konfrontation zwischen den Weltmächten gelte wieder als denkbar. Im Moment manifestiere sich diese in erster Linie in zunehmender Regulierung und in der Einführung von Handelszöllen, erklärte Smith-Bingham. Auf den Finanzmärkten seien Wechselkurse und Kapitelrenditen volatiler geworden. Dies könne auch zu sozialen Unruhen führen, wenn Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durchschlügen, befürchtet Smith-Bingham.

Umweltrisiken haben die Diskussionen der Davos-Teilnehmer klar dominiert, wie Christian Kessler, Managing Partner bei Kessler, am WEF Debrief in Zürich hervorhob. Ähnlich stellt es sich im 14. Global Risk Report dar, der jährlich gemeinsam vom Organisator des Weltwirtschaftsforums sowie von Zurich und Marsh erstellt wird. In dem 114 Seiten starken Bericht werden Risiken nach ihrer Eintrittshäufigkeit bzw. -wahrscheinlichkeit (Likelihood) und nach der Auswirkung (Impact) bewertet. Grundlage ist eine empirische Umfrage unter Mitgliedern des Weltwirtschaftsforums und des Institute of Risk Management in London.

Kaum Verschiebungen

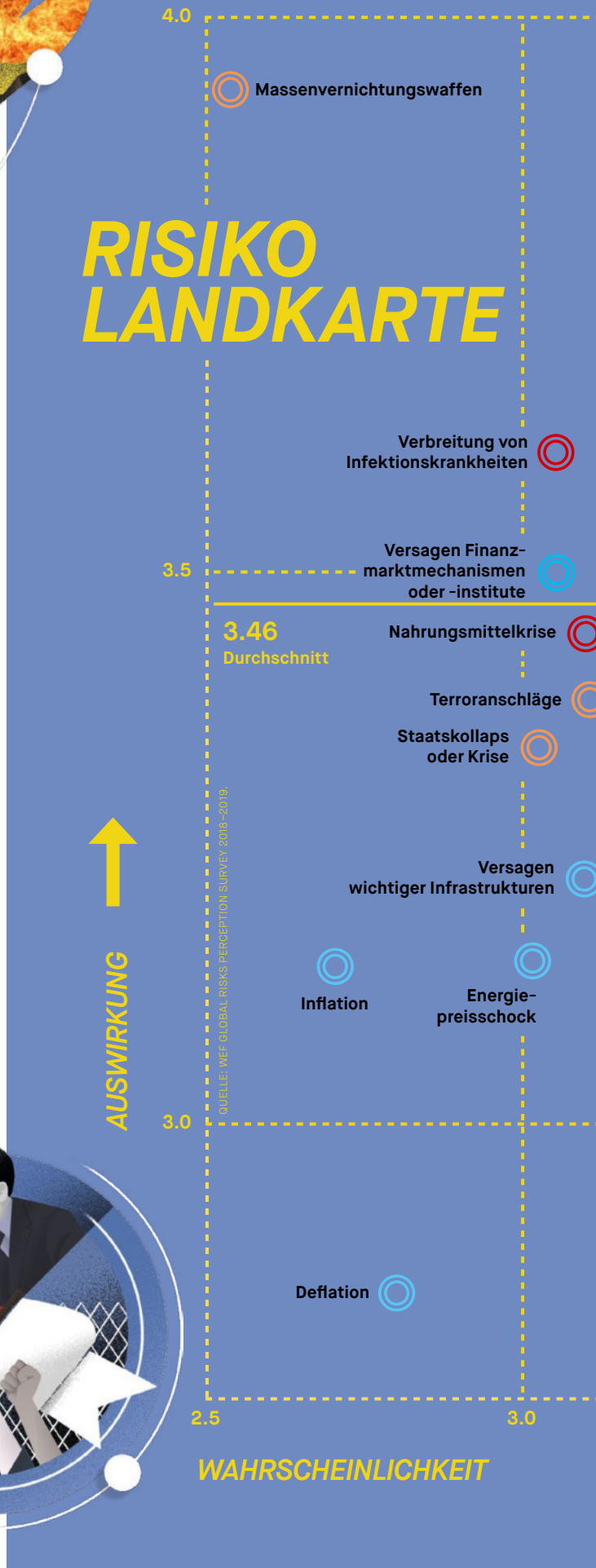
Die fünf wichtigsten wahrgenommenen Risiken sind gegenüber dem Vorjahr die gleichen geblieben. Auf dem ersten Platz der Rangliste der Grossrisiken mit der höchsten Wahrscheinlichkeit liegen extreme Wetterereignisse. Bei den Auswirkungen sind sie vom zweiten auf den dritten Platz gerutscht. Das Risiko von Massenvernichtungswaffen liegt auf Platz eins mit den schwersten Auswirkungen – aber mit einer mi- ›

› nimalen Wahrscheinlichkeit. Vor dem Hintergrund des angeblich von Russland verletzten und daher Anfang Februar von den USA gekündigten INF-Vertrags, der bisher Mittelstrecken-Raketen in Europa verbot, erhält das Szenario allerdings eine neue Brisanz.

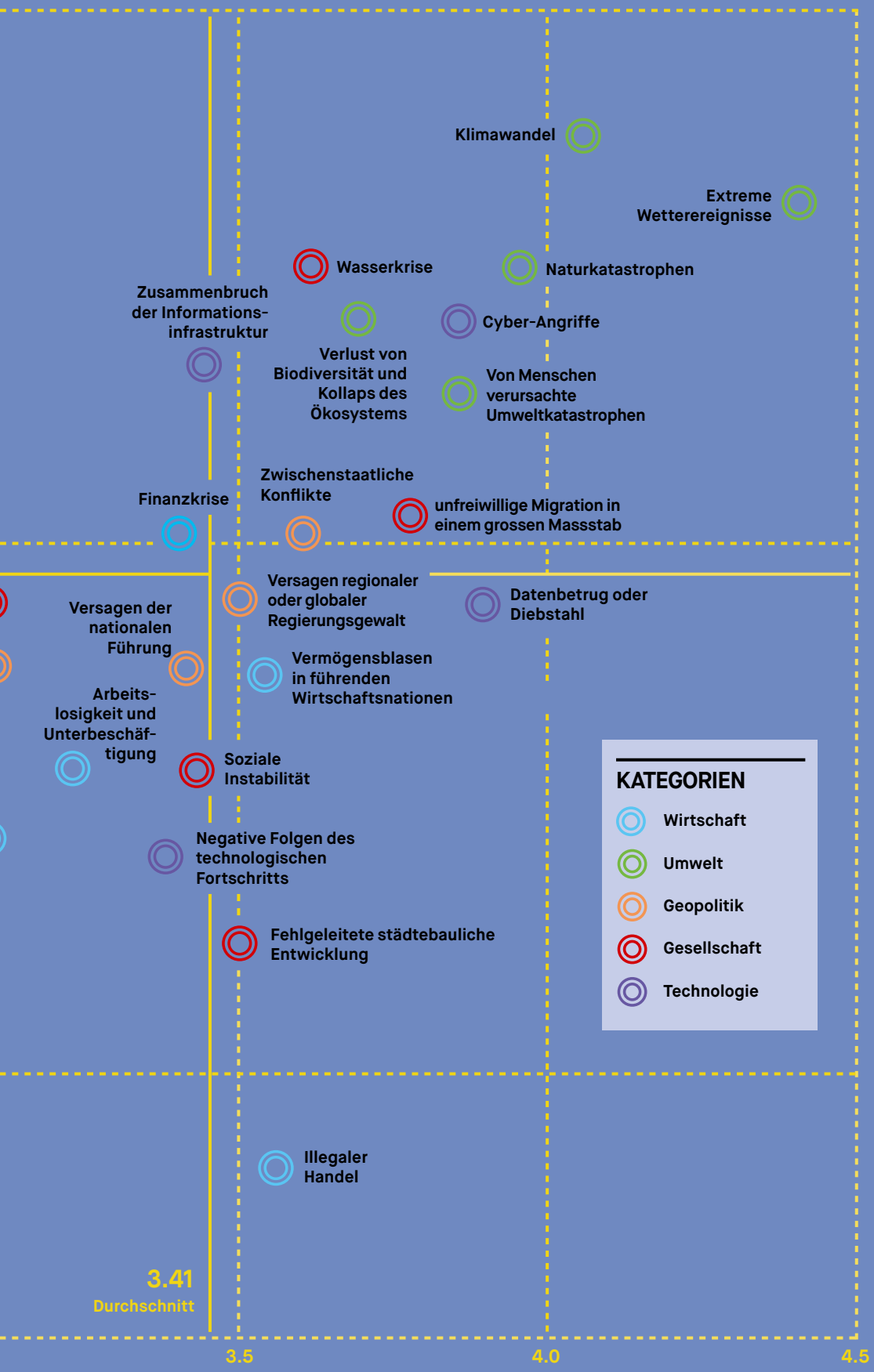
Unter den Top-10-Risiken nach Häufigkeit und Auswirkung sind 2018 und 2019 jeweils extreme Wetterereignisse und der Klimawandel sowie Naturkatastrophen zu finden (siehe Grafik). Die Wahrscheinlichkeit von Cyber-Attacken fiel von Platz drei auf Platz fünf, während das Risiko mangelnder Anpassung an den Klimawandel im Ranking von Position fünf auf Position zwei gestiegen ist. Auch die wahrgenommenen möglichen Auswirkungen eines solchen Szenarios wurden höher eingeschätzt und gingen von Platz vier auf Platz zwei. Platz drei der Häufigkeit belegen Naturkatastrophen, die Rang fünf bei den Auswirkungen einnehmen. Bei der Häufigkeit auf Platz vier und fünf liegen 2019 Datendiebstahl und Cyber-Attacken, die beim Impact im oberen Mittelfeld eingeschätzt worden waren.

2017 waren noch Terroranschläge und unkontrollierte Immigration unter den Top fünf, seit 2018 nicht mehr. Insbesondere Terror ist in der Wahrnehmung weit zurückgefallen, Immigration nur etwas zurück auf Platz sieben bei der Wahrscheinlichkeit. Als überdurchschnittlich wahrscheinlich und relevant gelten Krisen bei der Wasserversorgung (Platz vier bei Auswirkungen) und «Rückgang der Biodiversität», also Artensterben.

Ein weiterer Punkt der Umfrage betrifft die erwartete Zunahme einzelner Risiken im Laufe des Jahres 2019. 91 bzw. 85 Prozent aller Be- ›



Der Trend weg von Globalisierung hin zu staatlicher Souveränität und Nationalismus hat zu einem Kontrollparadoxon geführt.



TOP 10 RISIKEN NACH WAHRSCHEINLICHKEIT

1. Extreme Wetterereignisse
2. Klimawandel
3. Naturkatastrophen
4. Datenmissbrauch/-diebstahl
5. Cyber-Angriffe
6. Von Menschen verursachte Umweltkatastrophen
7. Unfreiwillige Massen-abwanderung
8. Verlust von Biodiversität und Kollaps des Ökosystems
9. Wasserkrise
10. Vermögensblasen in führenden Wirtschaftsnationen

TOP 10 RISIKEN NACH AUSWIRKUNG

1. Massenvernichtungswaffen
2. Klimawandel
3. Extreme Wetterereignisse
4. Wasserkrise
5. Naturkatastrophen
6. Verlust von Biodiversität und Kollaps des Ökosystems
7. Cyber-Angriffe
8. Zusammenbruch der Informationsinfrastruktur
9. Von Menschen verursachte Umweltkatastrophen
10. Ausbreitung von Infektions-krankheiten

Insgesamt hat sich die wirtschaftliche Lage im abgelaufenen Jahr global verschärft.

› fragten erwarten zunehmende wirtschaftliche und politische Konfrontationen zwischen den Grossmächten und 88 Prozent in Folge eine weitere Erosion der internationalen Handelsbeziehungen. Auf dem letzten Platz liegt Terror. Nur 20 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass im Laufe des Jahres mit einem höheren Risiko von Anschlägen gerechnet werden muss.

Prekärer als 2018

Insgesamt habe sich die wirtschaftliche Lage im abgelaufenen Jahr global verschärft, meint Richard Smith-Bingham. Der viermalige Anstieg der US-Zinssätze habe insbesondere die Situation der Emerging Markets verschlechtert, da sie häufig in US-Dollar verschuldet seien. Das globale Wachstum habe sich abgeschwächt, und 2018 sei seit zehn Jahren das schlechteste Jahr an den Aktienmärkten gewesen. Marode Infrastruktur sei insbesondere in Nord- und Südamerika sowie in Asien ein grosses Problem. Es gebe eine Investitionslücke von 18 Billionen US-Dollar, vor allem bei Strassen und Energieanlagen, schätzt Richard Smith-Bingham.

Alison Martin zeichnet ebenfalls ein pessimistisches Bild der globalen Risikolandschaft. Die raschen Veränderungen der vergangenen Jahre hätten zu einem massiven Anstieg mentaler Probleme geführt, die mittlerweile geschätzt 700 Millionen Menschen beträfen. Stresserkrankungen bedeuteten erhebliche wirtschaftliche Kosten, so Martin. In vielen Gesellschaften sei Wut am Wachsen und Empathie auf dem Rückzug. Die Einschätzung der eigenen Zukunft hängt jedoch stark von der Weltregion ab. Während in den USA und in Grossbritannien 30 Prozent und in Frankreich sogar 60 Prozent aller Menschen erwarten, ein schlechteres Leben als ihre Eltern führen zu müssen, sind es in China nur 5 Prozent. So gibt der Global Risk Report ein Stimmungsbild der westlichen Hemisphäre wieder, denn Befragte aus Asien machen nur 22 Prozent aus, während Europa und USA 64 Prozent stellen.

Politisches Desinteresse

Besonders beunruhigt zeigt sich Martin über den mangelnden politischen Willen, Emissionen zu reduzieren, um den globalen Temperaturanstieg in den kommenden zwölf Jahren auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Sonst drohten steigende Meeresspiegel, die viele Grossstädte bedrohten. Viele Küstenstädte würden zudem durch ihr eigenes Gewicht sinken, wie beispielsweise Shanghai. Martin zitierte Ansichten von Davos-Teilnehmern aus der Versorgerbranche, dass westliche Gesellschaften technologisch nicht ausreichend auf Naturkatastrophen vorbereitet seien. Jörg Bertogg, Head of Commercial Insurance Switzerland der Zurich, erklärte dazu, dass sich Naturkatastrophen stark in den Ergebnissen des Versicherers für 2018 niedergeschlagen hätten und daher naturgemäss im Fokus der Zurich stünden.

Smith-Bingham fügte hinzu, dass auf dem Forum einerseits zahlreiche Diskussionen zu multilateraler Abstimmung stattgefunden hätten. Andererseits habe ein Transaktions-orientierter «Deal Making»-Stil Einzug in die Politik gehalten. Die Abwesenheit der amerikanischen, britischen und französischen Regierungschefs sei von einigen Teilnehmern als Metapher für das Desinteresse an globaler Kooperation interpretiert worden.

Positive Signale gab es nur wenige: Richard Smith-Bingham meint, dass immerhin Fortschritte bei der Vermeidung von Einwegplastik wahrgenommen worden seien. Ausserdem hätten sich Nord- und Südkorea einander angenähert, sodass eine Eskalation aktuell unwahrscheinlich scheine. •